

14. November 1979

Gesuche um Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan,
Ablehnung

- Militärdepartement. Antrag vom 24. September 1979 (Beilage)
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht vom
 8. Oktober 1979 (Beilage)
- Militärdepartement. Stellungnahme vom 16. Oktober 1979 (Beilage)
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Notiz vom 8. Novem-
 ber 1979 (Beilage)
- Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 4. Oktober 1979
 (Zustimmung)
- Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 4. Oktober 1979
 (Kenntnisnahme)

Gestützt auf den Antrag des Militärdepartements und auf das Mitbe-
 richtsverfahren sowie aufgrund der Beratungen hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Es darf grundsätzlich kein Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan
 ausgeführt werden. Beide Gesuche werden abgewiesen.

Protokollauszug an:

- EMD 5 zum Vollzug
- EDA 6 zur Kenntnis
- EJPD 3 " "
- EVD 5 " "

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

S. W. W. W.





EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

No 793.12/79

3003 Bern, 24. September 1979

In der Antwort anzugeben
 A rappeler dans la réponse
 Ripeterlo nella risposta

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan

1.

Die sich bekanntlich in erheblichen Umsatzschwierigkeiten befindende Mowag Motorwagenfabrik AG Kreuzlingen stellte am 13. August 1979 das Gesuch

- um einen Vorbescheid für die Lieferung von gepanzerten Radfahrzeugen für Chile und um
- eine Fabrikationsbewilligung für eine Musterlieferung nach Taiwan.

2.

In bezug auf Taiwan hatte die Direktion der Eidg. Militärverwaltung im Einvernehmen mit der Politischen Direktion der Firma Mowag bereits am 21. Juni 1979 im Sinne eines Vorbescheides mitgeteilt, dass ein konkretes Gesuch dem Bundesrat mit Antrag auf Ablehnung unterbreitet werden müsste.

3.

Die neuen Gesuche vom 13. August 1979 wurden dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten unterbreitet, dessen Politische Abteilung II am 12. September 1979 aus noch darzustellenden Gründen eine Verweigerung der Bewilligungen beantragte. Was die Musterlieferung nach Taiwan anbelangt, so handelt es sich um eine Scheitellafette, einen Panzerturm und zehn Kugelblenden im Wert von insgesamt Fr. 279'705.--. Mit weiteren Lieferungen wird offensichtlich gerechnet.

Das Gesuch um Vorbescheid betreffend Chile spricht von 10 bis 25 leichtgepanzerten, unbewaffneten Radfahrzeugen, ohne einen Betrag zu nennen.

4.

Weil das Gesuch für Taiwan trotz der ersten Ablehnung nochmals gestellt wird und weil der Vorbescheid für Chile als grundsätzlicher Entscheid für die Zukunft zu werten ist, soll der Bundesrat darüber beschliessen.

Die Mowag hat in sehr zahlreichen Interventionen, auch bei Bundesräten, stets wieder erklärt, sie befinde sich in ausserordentlichen Schwierigkeiten in bezug auf die Beschäftigungslage und sei dringend auf Ausfuhrbewilligungen angewiesen. Die Regierung des Kantons Thurgau hat dies bestätigt. In diesem Zusammenhang standen auch die Motionen Herzog und Friedrich vom 5. Oktober 1978, weshalb auf die parlamentarische Diskussion vom 18. und 20. September 1979 im Nationalrat Bezug genommen wird.

5.

An sich kann die Beschäftigungslage einer Lieferfirma keinen Einfluss auf die Bewilligungspraxis ausüben. Der Firma Mowag wurde dies mehrmals erklärt und dabei bestätigt, dass es weder möglich sei, die von ihr hergestellten leichtgepanzerten Fahrzeuge, Kugelblenden oder Scheitellafetten als Nicht-Kriegsmaterial zu betrachten, noch zulässig erscheine, eine Bewilligung für ein Gebiet zu erteilen, in das gemäss Art. 11 Abs. 2 KMG eine Lieferung verboten sei.

Damit wurde unterstrichen, dass der Ermessensspielraum der Behörden äusserst klein sei, wenn es gelte, wegen der schwierigen Lage einer Lieferfirma eventuell entgegenkommen zu wollen.

6.

Da jedoch die Motion Herzog am 14. März 1979 und die Motion Friedrich am 20. September 1979 als Postulat entgegengenommen und überwiesen wurden und bei der Beurteilung der Zielländer und -Gebiete doch eine gewisse Abwägung im Rahmen des Ermessens erfolgen kann, soll der Bundesrat prüfen, ob Lieferungen von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan möglicherweise doch in Frage kommen können.

7.

7.1. Was Chile anbelangt, so sei daran erinnert, dass das KMG die Ausfuhr nach Gebieten verbietet, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen. Ebenso sind keine Ausfuhrbewilligungen zu erteilen, wenn die Bestrebungen der Schweiz im internationalen Zusammenleben betreffend die Menschenwürde oder die humanitäre oder Entwicklungshilfe beeinträchtigt werden.¹⁾

Im Jahre 1970 erhielt in Chile Salvador Allende bei einer Volkswahl 36,2% der Stimmen und wurde dann - weil er das absolute Mehr nicht erreichte - verfassungsmässig durch den Kongress zum Präsidenten ernannt. Der Weg, den Allende zur grundsätzlichen Aenderung der chilenischen Gesellschaft gegen die ihn nicht wählende Mehrheit einschlug, ist allgemein bekannt. Ohne ein Werturteil zu fällen darf erklärt werden, dass dadurch so starke Spannungen in bezug auf den Volkswillen entstanden, dass der Umsturz vor sechs Jahren unvermeidlich erschien. Er trug General Pinochet an die Macht, der seither diktatorisch regiert, wobei zu berücksichtigen ist, dass dies eine in Südamerika nicht unübliche Regierungsform ist. Vor dem Umsturz und einige Zeit danach herrschten somit in Chile Spannungen, die unter den Begriff des KMG fielen, weshalb denn auch weitere Lieferungen verweigert werden mussten.

Das Chile vor und unter Allende erhielt in den Jahren 1959 bis 1973 Kriegsmaterial aus der Schweiz für etwa 45,7 Mio Franken. Mit Ausnahme einer Lieferung im Jahre 1978 von Sprengstoff für zivile Zwecke (Bergbau) im Wert von Fr. 31'500.-- wurde seit September 1973 kein Kriegsmaterial mehr nach Chile aus der Schweiz geliefert. Drei Ausfuhrgesuche der Firma SIG, Neuhausen am Rheinflall, wurden in den Jahren 1974 und 1977 durch den Bundesrat abgelehnt. In den letzten Jahren erhielten diverse Firmen negative Vorentscheide der Verwaltung (Lieferung von Helikoptern, Revision von Flugzeugtriebwerken).

1) Art. 11 Abs. 2 KMG

Es werden keine Ausfuhrbewilligungen erteilt,

- a. nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen;
- b. wenn Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmateriallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde, sowie im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe, beeinträchtigen.

7.2. Pinochet erklärte kürzlich, mit einer Rückkehr zur vollen Demokratie sei erst in den ersten 90-iger Jahren zu rechnen.

7.3. Gemäss der Auffassung der Politischen Abteilung II müsse "nach den ihr zur Verfügung stehenden Berichten leider heute noch angenommen werden, dass die von der Schweiz befolgten Bestrebungen zur Achtung der Menschenwürde in Chile stark beeinträchtigt werden". Es wird auch auf Meinungsverschiedenheiten Chiles mit Bolivien betreffend einen Zugang zum Pazifischen Ozean, an einen Streit mit Argentinien um den Beagle Kanal und Grenzstreitigkeiten mit Peru erinnert (immerhin hatte die Politische Direktion II am 27.9.78 Chile vorerst als Grenzfall bezeichnet).

7.4. Um die Frage der Streitigkeiten mit Nachbarländern vorwegzunehmen, darf in Frage gestellt werden, ob es sich um "gefährliche Spannungen" handelt (ein bewaffneter Konflikt liegt nicht vor). Die Spannungen müssen doch einen Grad der Intensität erreichen, der ein ganzes Gebiet impliziert. Der Massstab hierfür dürfte die Ausdehnung des Gebietes sowie sein Bevölkerungs- und Wehrpotential sein. In Südamerika sind derartige Konflikte und Kriege unwahrscheinlich und es darf behauptet werden, dass Streite wie die erwähnten nicht als gefährliche Spannungen gemäss KMG zu werten sind. Bei dieser Beurteilung handelt es sich um einen typischen Ermessensentscheid.

7.5. Was die Menschenwürde anbelangt, so stellt sich die Frage, ob tatsächlich "schweizerische Bestrebungen" beeinträchtigt wurden. Es müsste im Sinne von Art. 11 Abs. 2 Bst. b KMG doch eine faktische Beeinträchtigung schweizerischer Zielsetzungen im konkreten Fall Chile vorliegen und nicht bloss die Antinomie zu einer abstrakten und theoretischen aussenpolitischen Grundsatzhaltung im Sinne einer weltanschaulichen Einstellung und Philosophie. Es besteht sonst die Gefahr, dass in bezug auf Chile nicht mehr die Kriterien des Gesetzes angewendet werden, sondern dass entsprechend einer politischen Wertung das Regime Pinochets über das KMG verurteilt und quasi "bestraft" werden soll, wobei erst der Uebergang zu einer - zwar wohl nicht nach schweizerischen Begriffen - voll funktionierenden Demokratie eine Neuurteilung und mithin normale Bewilligungspraxis erlauben würde. Das KMG bietet keine Beurteilungsmerkmale für die kritische Würdigung eines politischen Regimes oder einer Regierungsform an. Deshalb wurde vor dem Tod Francos oder dem Sturz des Schahs nicht berücksichtigt, dass es sich in Spanien und Iran um sehr autoritäre Regimes handelte, unter welchen die Menschenwürde mancher Missachtung unterlag.

7.6. Der Schweiz bleibt gemäss den nach KMG massgebenden Gesichtspunkten nichts anderes übrig, als die heutige Regierung Chiles als Faktum zur Kenntnis zu nehmen. Sowohl in bezug auf Iran wie auch Spanien wurde im Rahmen der Beurteilung gemäss Art. 11 KMG stets ein gewisses Ausmass von harter Behandlung politischer Gegner in Kauf genommen, ohne dass dadurch - zu Recht - Gründe für eine Verweigerung angenommen wurden.

7.7. Wenn es - bei gleichbleibenden Verhältnissen - in Chile noch über ein Jahrzehnt dauern soll, bis die Demokratie wieder zum Tragen kommt, so wird es sich kaum so lange rechtfertigen, dieses Land einem schweizerischen Kriegsmaterial-Embargo zu unterstellen. Es ist deshalb darüber zu befinden, ob losgelöst vom Experiment Allende und unabhängig vom Umsturz vor sechs Jahren noch heute Gründe für eine Verweigerung der Kriegsmaterialausfuhrbewilligungen im Sinne des Gesetzes bestehen.

8.

8.1. In bezug auf Taiwan liegt das Problem zum Teil auf einem ganz andern Gebiet. Gemäss Politischer Abteilung II liegt zwar auch Taiwan in einem Gebiet, das weiterhin krisenanfällig ist und in dem neue bewaffnete Konflikte nicht ausgeschlossen werden können. Die Regierung der Volksrepublik China habe nämlich nach wie vor auf eine "Rückkehr" der abtrünnigen Provinz Taiwan nicht verzichtet. Ihrerseits habe die "Regierung der Republik China" in Taipeh die "Befreiung" des chinesischen Festlandes nie aufgegeben. Seitdem die Schweiz am 17. Januar 1950 die Volksrepublik China anerkannt habe, unterhalte sie diplomatische Beziehungen mit der Regierung in Peking als der alleinigen Regierung in China. Demzufolge sei es nicht möglich, die in Art. 11 Abs. 1 Bst. b KMG erforderliche Nichtwiederausfuhr aus Taiwan entgegenzunehmen und überprüfen zu lassen.

8.2. Das erste Argument betreffend Spannungen und Konflikte sollte relativiert werden. Es trifft sicher zu, dass die "beiden" China einander nach wie vor feindlich gesinnt sind. Es scheint sich aber doch ein gewisser modus vivendi eingelebt zu haben, der die Feindschaft auf ein gelegentliches Imponiergehabe reduziert. Wie in bezug auf Chile ist das Spannungsverhältnis an der allgemeinen Bedeutung und Ausdehnung beider Staaten, vor allem Volkschinas zu messen. Aus dieser Sicht kann kaum von "gefährlichen" Spannungen die Rede sein.

8.3. Gewichtiger ist das Problem mit den Nichtwiederausfuhr-erklärungen. Materiell wird die Schweiz kaum je in die Lage kommen, das effektive Verbleiben von Kriegsmaterial

in einem Staat zu kontrollieren, also zu überprüfen, ob es tatsächlich noch dort ist. An sich könnte zwar eine schweizerische Vertretung bei Verdacht der Nichteinhaltung der Verpflichtung von der Regierung verlangen, dass ihr das Material gezeigt wird. Dies bleibt aber eine sehr theoretische Möglichkeit. Hingegen wird von den schweizerischen Vertretungen im Ausland stets geprüft, ob die Unterschriften auf den Nichtwiederausfuhrerklärungen echt sind und die Erklärung von zuständiger Stelle erlassen wurde. Zu berücksichtigen ist auch, dass sich eine anerkannte Regierung völkerrechtlich verpflichtet fühlen wird, sich an eine eingegangene Erklärung zu halten, jene eines nicht anerkannten Staates hingegen nicht im gleichen Ausmass. Bei der Erteilung einer Ausfuhrbewilligung nach Taiwan kann zwar die Lieferfirma verpflichtet werden, eine Nichtwiederausfuhrerklärung der Regierung Taiwans zu beschaffen. Dessen Wert ist aber nur im Rahmen des allgemeinen Vertrauens vorhanden. Weder ist die Unterschrift kontrollierbar, noch ist die Nichteinhaltung völkerrechtlichen Sanktionen ausgesetzt. So verbliebe die Möglichkeit des Missbrauchs, d.h. dass Kriegsmaterial aus der Schweiz in andere - unerwünschte - Staaten gelangen könnte.

9.

Diese Ueberlegungen führen dazu, dass über die Kriegsmaterialausfuhr nach Chile und Taiwan der Bundesrat beschliessen muss. Die aufgezählten Kriterien sind die einzigen, um im Rahmen eines - zwar beschränkten - Ermessensspielraumes zu versuchen, die Schwierigkeiten der Firma Mowag zu berücksichtigen. Im Bewilligungsfall kann sich aber die geänderte Praxis nicht auf Lieferfirmen beschränken, die in Nöten sind. Es werden z. B. auch zu erwartende Gesuche für Sturmgewehrlieferungen der Firma SIG für Chile bewilligt werden müssen.

10.

Die eingangs erwähnten Motionen Herzog und Friedrich verlangten

- die Nichtunterstellung von gepanzerten Radfahrzeugen unter das KMG
- die beschleunigte und vereinfachte Behandlung der Gesuche
- die Neuumschreibung des Spannungsgebietes im Sinne von Art. 11 Abs. 2 KMG.

Im konkreten Fall steht eine Nichtunterstellung des auszuführenden Kriegsmaterials ausser Diskussion, obgleich die Motion Friedrich ausdrücklich in diesem Punkt als Postulat überwiesen wurde. Sodann wurde das Verfahren so gut wie

möglich beschleunigt. Wenn die Annahme der Motionen als Postulate nicht jeden Gehaltes beraubt werden soll, bleibt nur noch die ermessenskonforme Wertung der gefährlichen Spannungen in Diskussion. Es scheint die Möglichkeit zu bestehen, Chile und Taiwan als im Sinne des KMG spannungsfrei zu betrachten, ohne das Gesetz zu strapazieren. Es muss sich ja um "gefährliche" Spannungen handeln. Im Kontext der im Gesetz aufgezählten und degressiven Stadien "bewaffneter Konflikt", "drohender Konflikt" und "gefährliche Spannungen" handelt es sich bei den letzten um die unterste Stufe einer möglichen Eskalation. Es muss "ab ovo" die Möglichkeit dieser Eskalation vorliegen. Spannungen, die - einigermaßen - sicher den Keim zu Weiterungen nicht enthalten, sind nicht "gefährlich" im Sinne des Gesetzes. Dies gilt es zu beurteilen, wobei zugegebenerweise eher ein bloss empirischer, denn ein rein rationaler Entscheid möglich erscheint, wenn es gilt, eine pragmatische Lösung anzustreben.

Im Vorverfahren wurde das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten begrüsst, das die wiedergegebene Stellungnahme abgab.

11.

Aus diesen Gründen stellen wir folgenden

A n t r a g :

1. Der Bundesrat beschliesst, ob Kriegsmaterial grundsätzlich

- 1.1. nach Chile

- 1.1.1. ausgeführt

- 1.1.2. nicht ausgeführt

- 1.2. nach Taiwan

- 1.2.1. ausgeführt

- 1.2.2. nicht ausgeführt

werden darf.

EIDGENOESSISCHES MILITAERDEPARTEMENT

M. M. O. Z.

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EJPD
- EVD

Protokollauszug an:

- EMD (5)
- EDA (3)
- EJPD (2)
- EVD (1)

9.

Aus diesen Gründen stellen wir folgenden
 Diese Überlegungen führen dazu, dass Über
 ausfuhr nach Chile und Taiwan der Bundesrat
 Die aufgeführten Kriterien sind die einzigen, um
 den Bundesrat beschließen, ob ein Ausfuhrverbot
 chen, die Schwierigkeiten der Firma sowie die
 schritt zu gewinnbringender Produktion
 In Betrachtung sind hier nur die folgenden
 auf Lieferfirmen beschränken, die in
 B. auch zu erwartende Gesuche
 Firma SIG Chile bewilligt wird.

10.

Die eingangs erwähnten Motionsanträge sind
 - unter dem
 - der Bundesrat beschließen und
 - die Bundesrat beschließen und
 - die Bundesrat beschließen und

Die Bundesrat beschließen und
 die Bundesrat beschließen und
 die Bundesrat beschließen und



p.B.51.14.21.20.Allg. - SAL/RS/sd 3003 Bern, den 8. Oktober 1979

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Ausfuhr von Kriegsmaterial
nach Chile und Taiwan

M i t b e r i c h t

zum Antrag des Militärdepartements
vom 24. September 1979

Das Departement für Auswärtige Angelegenheiten ist der Ansicht, dass der Bundesrat die Bewilligungen zur Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan verweigern soll (Ziffer 1.1.2 und 1.2.2 des Antrages).

1. Chile

Sowohl die interne Lage in Chile wie auch die Aussenbeziehungen dieses Landes, insbesondere mit seinen Nachbarstaaten, lassen es uns angelegen sein, die Ausfuhr jeglicher Art von Kriegsmaterial nach Chile mit grösster Zurückhaltung zu prüfen. Tatsächlich hat Chile trotz einer gewissen Entwicklung im innenpolitischen Bereich während der letzten Jahre nicht den Grad an Stabilität erreicht, der im Sinne des KMG wünschbar, ja notwendig wäre.

- a) Auf dem Gebiet der Aussenbeziehungen ist zunächst die nach wie vor ungelöste Frage des Beagle-Kanals zwischen Chile und Argentinien zu erwähnen, die zeitweilig einen wesentlich grösseren Umfang annahm und stärkere Risiken in sich barg, als dies aus dem Brief des EMD (Punkt 7.4) hervorgeht.

Ende 1978 wurden chilenischer- wie argentinischerseits grössere Truppen- und Flottenverbände im Gebiet um den Beagle-Kanal zusammengezogen. Sowohl die argentinische wie die chilenische Botschaft in Bern liessen uns damals wissen, dass eine unmittelbare Kriegsgefahr bestand. Die Vermittlungsbemühungen des Vatikans können immer noch scheitern, und es gibt auf beiden Seiten führende Militärs, die in einer aggressiven Politik den besten Ausweg aus innenpolitischen Schwierigkeiten sehen.

Seit jeher begehrt Bolivien - der zweite Nachbar Chiles - einen Zugang zum Pazifischen Ozean. Es erhebt Anspruch auf ein Gebiet, das heute Chile gehört und dessen Besitz Bolivien erlauben würde, seine diesbezüglichen Wünsche zu erfüllen. Auch dieser Streit ist in eine kritische Phase eingetreten und hat vorderhand zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern geführt.

Peru schliesslich - der dritte Nachbar Chiles - macht ebenfalls Gebietsansprüche geltend und unterstützt gleichzeitig die Forderungen Boliviens. Nachdem angeblich zahlreiche chilenische Spionageakte auf peruanischem Territorium aufgedeckt worden sind, hat die peruanische Regierung die Abberufung des chilenischen Botschafters in Lima verlangt.

- b) Im innenpolitischen Bereich sind, wie schon angedeutet, gewisse Fortschritte erreicht worden. Trotzdem hat das Regime seine grundsätzliche Einstellung und seinen Charakter nicht geändert. Vor allem aus menschenrechtlichen Ueberlegungen werden im In- und Ausland nach wie vor zahlreiche Kritiken laut und die Regierung ist weiterhin international diskreditiert.

Es ist auch zu bedenken, dass einer Bewilligung zugunsten der Firma MOWAG im vorliegenden Fall fast unvermeidlicherweise später Bewilligungen zugunsten weiterer Schweizerfirmen (Bührle, SIG, usw.) folgen müssten. Diesen Umstand gibt das EMD zu.

Es würde ferner ein Präzedenzfall geschaffen, der uns die Hände in Beziehung auf andere ähnlich regierte Staaten des lateinamerikanischen Kontinentes binden würde (Argentinien, Paraguay, Uruguay). Im Extremfall könnten wir uns gar gezwungen sehen, unsere Haltung Südafrika gegenüber neu zu überprüfen.

Damit würde aber unsere ständige Praxis der letzten Jahre in der Behandlung von Kriegsmaterial-Ausfuhrbewilligungsgesuchen insgesamt in Frage gestellt.

Es besteht für uns kein Zweifel, dass die Erteilung einer Kriegsmaterial-Ausfuhrbewilligung für Chile in der Schweiz grosses Aufsehen, ja Unwille und scharfe Kritik erregen würde. Der Entscheid würde von einem grossen Teil der Bevölkerung nicht verstanden und als Verstoss gegen Sinn und Zweck des KMG angesehen.

Aus all diesen Gründen scheint uns eine Bewilligung der Ausfuhr irgendwelchen Kriegsmaterials nach Chile inopportun zu sein. Sie würde uns aussenpolitisch schädigen und riskierte gleichzeitig zu einer ernsthaften innenpolitischen Belastung zu werden.

Das EDA hält daher an seiner Meinung fest, dass die beantragte Bewilligung der Firma MOWAG nicht erteilt werden kann.

2. Taiwan

Taiwan ist von der Schweiz nie als unabhängiger Staat anerkannt worden; diplomatische Beziehungen bestehen auch heute nicht. Dies ergab sich als logische Konsequenz aus der Anerkennung der Volksrepublik China durch die Schweiz wenige Monate nach deren Ausrufung. Bei der Prüfung eines Gesuches um Bewilligung der Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Taiwan sind daher folgende Umstände zu berücksichtigen.

- a) Der Empfänger ist eine von der Schweiz nicht anerkannte Einheit, mit der keine offiziellen Beziehungen bestehen. Auch hier stellt sich sofort die Frage des Präzedenzfalles. Die Erteilung einer Bewilligung für Taiwan könnte den Weg öffnen für Ausfuhren nach anderen, nie offiziell anerkannten Gebieten oder politischen Bewegungen (PLO, ZANU, ZAPU, SWAPO, etc.), die immer wieder in grösserem Umfange Waffenkäufe im Ausland tätigen. Dies würde das KMG aushöhlen und zu einer allgemeinen Unsicherheit im Kriegsmaterialgeschäft führen.
- b) Die vom KMG vorgesehene Prozedur sieht gewisse Massnahmen vor, die nur durch offiziellen Schriftverkehr zwischen zwei Regierungen resp. Amtstellen durchgeführt werden können (KMG Art. 11 § 1 lit. b). Dies setzt wiederum die gegenseitige Anerkennung bzw. das Bestehen offizieller Beziehungen voraus. Wie wir gesehen haben, ist diese Voraussetzung im Falle Taiwans nicht gegeben.
- c) Schliesslich würde eine Kriegsmaterialausfuhr nach Taiwan unsere Beziehungen zur Volksrepublik China schwer belasten. Obwohl im Verhältnis China - Taiwan eine behutsame Entkrampfung festzustellen ist, hat sich die internationale Lage in dieser Weltregion noch lange nicht normalisiert.

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass Peking einer Kriegsmaterialausfuhr der Schweiz nach Taiwan auch heute noch kein Verständnis entgegenbringen würde.

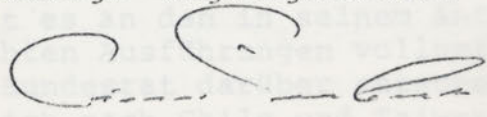
Das EDA ist nach wie vor der Ansicht, dass das Gesuch der Firma MOWAG für Taiwan aus den vorstehenden Gründen strikt abgelehnt werden muss.

* * *

Es liegt nicht in der Absicht des EDA, die an sich berechtigten Interessen der Firma MOWAG am Ausbau ihrer Liefermöglichkeiten und an der Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu schädigen. Die vorliegenden negativen Stellungnahmen ergeben sich aus Ueberlegungen prinzipieller Art. Die Interessen der Firma MOWAG müssen in solchen Fällen, wenn nötig, auf andere Art gewahrt werden. So wäre unter Umständen zu prüfen, ob nicht durch eine Vermehrung der Aufträge durch die schweizerische Armee gewisse unvermeidliche Ausfälle im Auslandgeschäft der Firma wettgemacht werden könnten.

zum Mitbericht des Eidg. Departements für auswärtige
Angelegenheiten vom 8. Oktober 1979

Der Vorsteher
des Eidgenössischen Departement
für Auswärtige Angelegenheiten



Pierre Aubert

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT





EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

No 793.12/79

3003 Bern, 16. Oktober 1979

In der Antwort anzugeben
 A rappeler dans la réponse
 Ripeterlo nella risposta

Nota au Conseil fédéral

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan

S t e l l u n g n a h m e

zum Mitbericht des Eidg. Departements für auswärtige
 Angelegenheiten vom 8. Oktober 1979

Das Eidg. Militärdepartement hat vom Mitbericht des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten Kenntnis genommen. Diesem gegenüber hält es an den in seinem Antrag vom 24. September 1979 gemachten Ausführungen vollumfänglich fest und verlangt, dass der Bundesrat darüber entscheidet, ob Kriegsmaterial grundsätzlich nach Chile und Taiwan ausgeführt werden darf oder nicht.

EIDGENOESSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT

M. O. G.

LE CHEF

DU DÉPARTEMENT FÉDÉRAL
DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Berne, le 8 novembre 1979

Note au Conseil fédéral

Exportation de matériel de guerre
au Chili; droits de l'homme;
situation politique générale

1. On entend dire fréquemment que la situation qui prévaut actuellement au Chili est caractérisée par la stabilité et une diminution sensible des violations des droits de l'homme et que, sur le plan des institutions chiliennes comme sur celui de la politique du Gouvernement, plusieurs changements viennent confirmer cette constatation; on rappellera ici les changements les plus marquants:

- pour ce qui concerne les organismes chargés de la sécurité de l'Etat, la DINA (Dirreccion de Inteligencia Nacional) a été supprimée le 31 août 1977 et remplacée par la CNI (Central Nacional de Informaciones) qui, officiellement, n'est pas habilitée à procéder à des arrestations;
- quant à la réglementation d'exception concernant le traitement des opposants, sa sévérité a été sensiblement atténuée par l'adoption du décret d'amnistie d'avril 1978 dont ont pu bénéficier détenus politiques et exilés;
- on enregistre une importante diminution du nombre d'opposants arrêtés et mis à la disposition des autorités administratives sans passer en jugement; de nombreux exilés ont pu regagner leur pays; en outre, le Gouvernement du Chili a autorisé la venue sur son territoire, en juillet 1978, du Groupe de travail

spécial chargé d'enquêter sur la situation des droits de l'homme, créé par la Commission des droits de l'homme, le 27 février 1975.

Il est incontestable que, pour l'observateur extérieur, la situation semble s'être améliorée; cette évolution a été d'ailleurs reconnue par la communauté internationale par le truchement des organisations gouvernementales¹⁾ et non gouvernementales²⁾. L'Ambassadeur de Suisse au Chili conclut aussi dans ce sens lorsqu'il déclare, dans son télégramme du 2 novembre 1979 que "la situation au point de vue du respect des droits de l'homme a subi de substantielles améliorations ..."³⁾.

Mais il convient d'examiner de plus près ce que recouvre cette apparente réalité.

2. En août 1977, le Gouvernement du Chili leva l'état de siège, qui avait été proclamé à la chute du Gouvernement Allende, mais maintint l'état d'urgence qui est toujours en vigueur; en outre, à la suite de troubles sociaux dans la province de El Loa, le Gouvernement rétablit l'état de siège dans cette partie du pays en date du 2 septembre 1978⁴⁾.

-
- 1) Notamment Résolution 11 (XXXV) de la Commission des droits de l'homme du 6 mars 1979. Etude des violations des droits de l'homme signalées au Chili, en particulier les cas de torture et autres peines ou traitements cruels, inhumains et dégradant paragraphe préambulaire 8, voir ANNEXE VI.
 - 2) Rapport d'activité du Comité international de la Croix-Rouge 1978, voir ANNEXE II.
 - 3) Voir ANNEXE I le texte complet du télégramme.
 - 4) Etude des violations des droits de l'homme signalées au Chili, Rapport du groupe de travail spécial créé en vertu de la résolution 8 (XXXI) de la Commission des droits de l'homme, ECOSOC, E/CN. 4/1310, 1er février 1979, p. 9 et ss.

Par ailleurs, les autorités chiliennes communiquèrent, le 7 septembre 1976, au Secrétaire général des Nations Unies leur décision de déroger aux obligations auxquelles le Chili avait souscrit en devenant Partie au Pacte international des Nations Unies relatif aux droits civils et politiques du 16 décembre 1966⁵⁾. Conformément à l'article 4 du Pacte, ces dérogations sont possibles "dans le cas où un danger public exceptionnel menace l'existence de la nation et est proclamé par un acte officiel".

En dépit de plusieurs appels de la communauté internationale⁶⁾, le Gouvernement du Chili n'a pas mis fin à l'état d'urgence et n'a pas rapporté sa dérogation au Pacte sur les droits civils et politiques. Ainsi, officiellement, il admet qu'il doit faire face à une situation interne caractérisée par des tensions graves.

L'état de droit qui prévaut au Chili remplit sans aucun doute les critères posés à l'article 11, paragraphe 2, alinéa a et b de la loi fédérale sur le matériel de guerre du 30 juin 1972.

3. On a vu plus haut que la CNI n'est en principe plus habilitée à opérer des arrestations. Elle doit, le cas échéant, demander des ordres aux autorités militaires, aux magistrats inspecteurs dans le cas de poursuite pour infraction à la Loi sur la sécurité de l'Etat (12.927) ou obtenir un décret de mise en détention, émanant du Ministère de l'intérieur. Toutefois, le décret-loi 1877 du 12 août 1977 confère au Président de la République les pouvoirs de procéder à des arrestations préventives, pouvoirs qui sont exercés par les organismes de sécurité;

5) Ratification en date du 10 février 1972.

6) Voir le plus récent de ces appels ANNEXE V, résolution sur les droits de l'homme, par. 5, adoptée par l'Assemblée générale de l'Organisation des Etats américains, le 31 octobre 1979.

ni le Président ni les organismes de sécurité ne sont obligés d'indiquer les motifs de l'arrestation; par conséquent, la CNI peut continuer à procéder à des arrestations en dehors de ses attributions légales. Le témoignage d'Amnesty international confirme ces pratiques d'arrestations arbitraires accompagnées d'actes de torture et de mauvais traitements⁷⁾.

4. Quant au décret d'amnistie d'avril 1978, il ne donne pas un droit aux Chiliens en exil de retourner dans leur pays car est resté en vigueur le décret-loi du 10 août 1974 qui donne au Gouvernement le pouvoir d'interdire, à son gré, à certaines personnes l'entrée au Chili, notamment parce que ces personnes constituent un danger pour l'Etat. Le délégué de la Suisse au Comité sur les Conventions et recommandations de l'UNESCO - organe chargé de remédier aux violations des droits de l'homme dans le domaine de compétence de cette institution - a pu personnellement constater le fonctionnement défectueux de ce décret d'amnistie. A l'occasion de la session de septembre 1979, neuf cas de professeurs, de journalistes et d'étudiants, auxquels le retour au Chili avait été refusé, furent soumis à l'examen du Comité. Le représentant du Gouvernement chilien indiqua qu'un recours auprès des autorités judiciaires avait été maintenant ouvert aux personnes parties volontairement ou à la suite de bannissement. Il admit cependant que les autorités administratives et judiciaires n'étaient pas obligées de communiquer aux recourants les motifs de leurs décisions. Aussi les exilés demeurent-ils exposés à l'arbitraire des autorités chiliennes.

5. Le nombre de personnes privées de liberté sous la dénomination de détenus politiques a diminué; beaucoup ont été relâchés après l'adoption du décret d'amnistie. Au cours d'un

7) Voir, ANNEXE III, Amnesty international, UPDATE ON CHILE, Violations of human rights in the months of March, April and May 1979, p. 7 et 8. Voir aussi, les cas individuels demandant une action urgente de protection.

entretien téléphonique, le 31 octobre 1979, le responsable, au CICR, des affaires du Chili indiqua que le CICR continuait à visiter trois à quatre fois par année environ 100 détenus politiques mais que l'habitude qu'avaient prise les autorités chiliennes de juger les opposants conformément à la législation pénale en vigueur tendait à oblitérer la distinction délinquant de droit commun / détenus politiques. Le représentant du CICR souligna que la stabilité apparente était extrêmement précaire, le régime en place restant fondamentalement répressif; à titre d'exemple, il cita l'arrestation, ce printemps, de 300 à 400 personnes qui manifestaient dans la rue et qui ne furent relâchées peu à peu que grâce à d'innombrables démarches d'autres gouvernements⁸⁾. En tout état de cause, le CICR a maintenu à Santiago un matériel suffisamment important pour entreprendre sans délai une action d'envergure et se tient prêt à agir à tout moment.

6. Toute la documentation disponible tend à établir que de nombreuses arrestations ont toujours lieu et que les personnes ne sont retenues que le temps de donner les renseignements attendus grâce à une pratique intensive d'actes de torture et de mauvais traitements; elles sont ensuite jugées ou relâchées⁹⁾.

Pour conclure cette rapide description de la situation de fait, il convient de souligner qu'à l'exception de 119 cas résolus par le CICR, le Gouvernement chilien a toujours refusé de donner des explications valables sur le sort des personnes disparues; la situation dramatique de ces personnes et de leurs

8) Témoignage confirmé par Amnesty international, voir ANNEXE III p. 12 et 13.

9) Voir notamment ANNEXE VI, résolution 11 (XXXV) de la Commission des droits de l'homme, lettre c) du dispositif.

familles a amené la communauté internationale à porter une attention particulière à ce problème. A ce sujet, on mentionnera particulièrement la recommandation 868 relative aux disparus politiques chiliens adoptée, le 28 juin 1979, par l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe¹⁰⁾. Dans un autre ordre d'idées, et toujours à titre d'exemple, il n'est pas inutile de rappeler que le droit de vote a été suspendu.

Si le Gouvernement chilien ne se livre plus à des violations massives et flagrantes - en grande partie en raison de la disparition d'une opposition forte et structurée - des violations graves continuent à être commises régulièrement dans ce pays. Ces pratiques sont plus insidieuses et souvent justifiées par une apparente légalité grâce à l'établissement progressif d'un ordre juridique nouveau. Les organisations internationales, gouvernementales et non gouvernementales, n'ont cependant pas été dupes puisqu'elles continuent à exercer une surveillance stricte du Chili, comme en témoigne la documentation qui figure en annexe à la présente note.

7. A la violation persistante des droits de l'homme s'ajoute le fait que le Chili, dont les relations diplomatiques ont été rompues avec la Bolivie et dont les relations sont difficiles avec le Pérou, continue à être en état de tension avec son voisin principal, l'Argentine.

Au regard de la loi sur le matériel de guerre, les deux conditions principales sont réunies pour nous inciter à refuser l'exportation de matériel de guerre vers ce pays. Si malgré cela on se décidait à aller de l'avant, il est tout à fait évident qu'on ne pourrait, pour être conséquents avec nous-mêmes, refuser des exportations identiques vers des pays comme l'Argentine, la Bolivie, l'Uruguay, le Paraguay, et d'autres en Amérique

10) Voir ANNEXE IV.

latine et ailleurs. En un mot, la loi deviendrait inopérante et on se créerait de toute pièce un problème à la fois de politique extérieure et de politique intérieure (lancement d'une nouvelle initiative, etc). Pour illustrer cette situation, nous reproduisons ci-après le télégramme de notre Ambassadeur à Buenos Aires, consulté également à ce propos.

Quote Confidentiel. Votre 178. Peux vous assurer qu'autorités argentines prendraient extrêmement mal une levée de l'embargo pour exportation de matériel de guerre suisse au Chili sans qu'il en aille de même pour elles. A ce sujet, il y a lieu de relever que quotidiens de B. A. se font actuellement l'écho du caractère agressif que représentent pour leur pays les importants achats de matériel de guerre effectués depuis peu par les Chiliens. Dans ces conditions, il ne me paraît guère opportun, aussi dans la perspective d'un éventuel voyage en Amérique latine d'une haute personnalité suisse, d'autoriser l'exportation d'armes dans un pays du cône sud avant que la médiation papale dans la question du beagle ait abouti. Bodmer

Unquote



Pierre Aubert

Pür getreuen Auszug,
der Protokollführer:

